

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckausgabe: Nachrichten Dresden
Bemerkungs-Sammelnummer: 25841
Preis für Nachdruckpreis: Mr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsführer:
Dresden - S. L. Wittenstrasse 22/43

Besitzergrechte bei möglich zweimaliger Instellung monatlich 2.40 Mr. (einschließlich 30 Pf. für
Zeitung), durch die Post 2.60 Mr. einschließlich 30 Pf. Postgebühre (ohne Veröffentlichungsgeschäft).
Sammelnummer 10 Mr. Einzelpreise: Die Ausgaben werden nach Goldmark berechnet: die ein-
malige 30 mm breite Seite 30 Pf., für mindestens 40 Pf. Familienausgaben und Stellengeschenke
ohne Rabatt 15 Pf., außerdem 25 Pf., bis 30 mm breite Heftausgabe 200 Pf., außerdem 250 Pf.
Offiziersausgabe 30 Pf. Einzelzettel gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Meyrich & Reichardt,
Dresden, Postleitz.-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Zeitung, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schriftenwerke werden nicht aufbewahrt

Billudski über die polnische Korruption

Wie der Diktator über seinen Staat denkt

Warschau, 27. August. Die Regierungspresse veröffentlicht am Mittwoch die angekündigte Unterredung zwischen Marshall Billudski und dem Hauptgeschäftsführer der "Gazeta Polska", Oberst Miedziński. Die Neuerungen des Maritals sind stark auf die Versetzung an Änderung abgestimmt. Er, Billudski, glaubt nicht an den Wert des so genannten Parlamentarismus, und er wolle auch nicht das Männchen für alles sein. Die Bezeichnung "Konstitution" sei dummkopfisch, weil sie ausländischen Ursprungs sei. Die Leute glaubten gar nicht, wieviel Arbeit notwendig sei, um im Einklang mit der Verfassung und den Rechtsgrundlagen zu regieren. Die polnische Verfassung sei denkbar unfaßbar abgefaßt und müsse im allgemeinen ein großes Rechtschaos schaffen.

Die Herren Abgeordneten seien in Polen eine niedrige Erscheinung. Die ganze Arbeit im Sejm stinke, so daß die Luft angestellt werde. Eine derartige Situation könne nicht geduldet werden, weil der Staat sonst der Anarchie und dem Chaos verfallen. Dieser schmähliche Arbeit und Rücksichtigkeit müsse einmal ein Ende gemacht werden. Denn diese Hosenbeschmierer arbeiten nicht, nehmen aber Geld, Geld und abermals Geld. Die Regierung sollte womöglich die Steuergelder stehlen, nur um es ihnen zu geben. Seine größte Sorge, so schließt der Marshall, werde es jetzt sein, den Angriff der Abgeordneten auf das Staatsgeld, das sie für ihre Parteiabstimmung ausgeben wollten, abzuwehren.

Ein Schlag gegen Danzigs Souveränität

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. August. Der Spruch des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag, daß das juristische Statut der Freien Stadt Danzig nicht gehalten, Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes zu werden, hat in politischen Kreisen das größte Aufsehen erregt. Allgemein wird dieser Spruch aufrichtig bedauert, da der Prozeß um die Mitgliedschaft Danzigs im Internationalen Arbeitsamt gleichzeitig die Entscheidung über die Frage der Souveränität des Danziger Freistaates darstelle. In der "Germania" wird zum Ausdruck gebracht, daß der Spruch des höchsten Gerichtshofes mehr formal-juristisch als rechtsschützender Art gewesen sei. Die Danziger Regierung habe stets daran festgehalten, daß es sich bei der Übertragung der auchen politischen Gewalt Danzigs an Polen um eine durch die Finanzschwäche

der Stadt bedingte Zweckmäßigkeitseinrichtung handele, nicht aber um die Verneinung eines Grundgesetzes, ohne dessen Vorhandensein die sogenannte Danziger Unabhängigkeit nicht mehr existieren würde. Durch die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofs sei ein

neuer Stein aus dem Bau der Danziger Freistaatlichkeit gebrochen

worden, nachdem es den Polen bereits durch geschickte Wirtschaftsmaßnahmen und die Konkurrenz gelungen sei, Danzig wirtschaftlich völlig in die Hand zu bekommen. Es wird in letzter Zeit sehr viel davon gesprochen, wie not es wäre, daß die deutsche und eine andere Regierung endlich einmal das Danziger Problem in seiner großen Tröstlosigkeit vor dem Völkerbund aufstelle. Dieser Stimme der "Germania", des Blattes des Reichsanzlers, ist einige politische Bedeutung beizumessen, zumal wenn man sie mit den an die polnische Abreise gerichteten Reden des Reichsministers Treitano in Zusammenhang bringt.

Die Rechte der Deutschen in Südlawien anerkannt

Berlin, 27. August. Der südlawische Ministerrat hat am Dienstag eine Rechtsordnung beschlossen, die den Wünschen der Deutschen in Südlawien entspricht. Nach dem Beschluss der Regierung wird der "Deutsche Kulturbund" gestattet. Ferner wird die Förderung der deutschen Minderheit auf eine private Lehrbergsanstalt, die alle Rechte einer öffentlichen Bildungsanstalt hat, erfüllt werden. Als Ausnahmebestimmung der jugoslavischen Schulgesetze werden deutsche Kinderarten zugelassen. Ferner wird deutschen Lehrern gestattet, deutsche Analphabetenkurse abzuhalten. Der Unterricht in der serbokroatischen Sprache behält in deutschen Minderheitsschulen erst in der dritten Klasse anstatt in der ersten Klasse.

Die Entscheidung über die Bildung von Minderheitsschulen soll eine Kommission vollziehen, die aus zwei Vertretern der Schulbehörde und zwei Vertretern der deutschen Minderheit besteht. Wenn diese wohlgemeinte Verordnung der südlawischen Regierung wie so oft in Minderheitsgebieten nicht am positiven Widerstand der lokalen Behörden scheitert, dann kann man diesen Erfolg als einen historischen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Minderheit in Südlawien bezeichnen.

Flottilenartillerieschießen in der Kieler Bucht

Fernenschiff „Jäger“ im Kampf gegen die „Königsberg“

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Kiel, 27. August. In diesen Tagen fand in der Kieler Bucht das alljährliche Flottilenartillerieschießen statt, das am Ende jedes Ausbildungsjahrs erfolgt und bei dem die gesamte Besatzung zeigen soll, was sie gelernt hat. Bei diesen Übungen gibt es an Bord von der Brücke bis zum Deckraum keine Stelle, die unbeteiligt bleibt, von deren schnellen und sicherem Arbeiten der Verlauf des Manövers, im Ernstfalle Leben und Sicherheit vieler Hunderte abhängt. Entsprechend der Wichtigkeit dieser Übungen nahm, wie immer, der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Naeber, an den Tages- und Nachschießen teil, das in seinen Einzelheiten vom Flottilenchef Viceadmiral Oldendorff geleitet wurde. Im Kieler Hafen lagen am Morgen der Übung die Linienschiffe „Schlesien“, „Hannover“, „Schleswig-Holstein“, „Dresden“, sowie

der neue Kreuzer „Königsberg“, der in seiner schmucken Form mit den modernen Deckausbauten neben den längst überalterten Großeckenschiffen fast zierlich und elegant wirkt.

Die „Königsberg“ mit ihren 6000 Tonnen bedeutet technisch fast die Vollendung, denn alle Erfahrungen, die während des Krieges und den folgenden Jahren gemacht wurden, fanden bei der Konstruktion des Schiffes Verwendung. Artilleriestaff übertrifft das Schiff die Kreuzer aus der Vorkriegszeit wesentlich durch Verwendung modernster Maschinennmaterialien, 65000 PS wirken auf die beiden Schrauben und ermöglichen eine Geschwindigkeit von nicht weniger als 32 Seemeilen.

Die „Königsberg“ übertrifft also selbst das Tempo der modernsten Passagierdampfer noch ganz wesentlich.

Die Inneneinrichtung, soweit man bei einem Kriegsschiff überhaupt davon spricht, ist glänzend durchdacht und bietet Offizieren und Mannschaften erheblich größere Bequemlichkeiten als früher. Das Artillerieschießen begann nördlich des Feuerhafens „Aiel“ in der Bucht, wo an und für sich nur ein geringer Schiffsverkehr herrscht und wo man durch Bekanntmachung und durch Patrouillenboote HandelsSchiffe und Fischflotte von der Feuerzone fernhielt. Der „Gegner“ für die „Königsberg“ war

das Fernenschiff „Jäger“.

Das bei klarer Sicht in voller Fahrt herauskam. Die „Königsberg“ schwang sich in kurzer Zeit gut ein, so daß die „Jäger“ beschleunigt einheiste, um hinter der deckenden Wand abzu-

drehen und eine günstigere Position einzunehmen. Durch Aufstellen von Raketen an Bord des Zielschiffes, die ebenfalls drahtlos abgesetzt wurden, wurde die Feuererwidernung markiert. Die „Königsberg“ war inzwischen ebenso abgedreht und drohte im Passiergefecht aufliegende Salven an.

Weit interessanter noch gehaltete sich der Nachtkampf, der auf geringer Entfernung stattfand. Die Linienschiffe „Schlesien“ und „Hannover“, die im Verband fuhren, wurden von Torpedobooten angegriffen, die durch Scheiben markiert wurden, gezogen von Marineschleppern. Sämtliche Schiffe waren vollständig abgedreht, auch auf den Geschützstationen waren die Lampen verhüllt, um auch nicht den leichten Lichtschein nach außen dringen zu lassen. Gegen 10 Uhr abends sichtete die „Schleswig-Holstein“ an Steuerbord in etwa vier Kilometer Entfernung das angreifende Torpedoboot. In der nächsten Sekunde erhöhte eine Salve, und etwa 500 Meter über dem Meer explodierten die Leuchtsgranaten, die Leuchtbomben und Fallschirme niedergerufen ließen.

Deutlich hob sich der Angreifer ab, und in der nächsten Sekunde schoß sich die Artillerie auf ihn ein. Gleich die zweite Salve lag so glänzend, daß die Scheiben gebräuchsunfähig wurden. Im Ernstfall wäre also von dem angreifenden Torpedoboot wohl kaum etwas übrig geblieben. Man mußte nun für die nächste Übung neue Scheiben heranholen, da im letzten Teil der Übung die „Hannover“ einen Torpedoangriff abzuwehren hatte. Die Übung verzögerte sich etwas, da

ein harmloser Handelsdampfer, der offenbar den Funkdienst nicht genau beachtet hatte, ahnungslos in den Übungsbereich hineinsteuerte.

So dauerte es längere Zeit, bis die Wachboote dem Kapitän begreiflich machen konnten, daß für ihn und seine Mannschaft ein Verharren auf dem Kurs eventuell mit peinlicher Überraschung verbunden sein könnte, und daß es geraten sei, außerhalb der Reichweite der Geschütze zu bleiben. Dann konnte der letzte Teil der Übungen erledigt werden, bei dem es sich zeigte, daß das Auftauchen des abgebend fahrenden Gegners auch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein kann. In dieser Woche werden die Schießübungen zu Ende gehen und die Schiffe in die Heimatbäden zurückkehren, wo dann die Winterausbildungskurse für die Mannschaft beginnen.

Ein humorvoller Glückwunsch Guérards an Gronau

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. August. In unterrichteten Kreisen hat ein Telegramm, das der Reichsverkehrsminister v. Guérard an den Leiter der Berkerschleierschule, v. Gronau, auf Grund des erfolgreichen Ozeanschlages nach New York gerichtet hat, große Heiterkeit erregt. Das Telegramm lautet: „Du Stolz und Freude über den wohlüberlegten und führen Flug, mit dem Sie dem Lustverkehr einen bedeutenden Weg über den Ozean gezeigt und dem Ansehen unseres Volkes in der Welt einen guten Dienst erwiesen haben, grüße ich Sie und Ihre Belohnung am Ende Ihres Fluges mit herzlichen Glückwünschen. Als persönliches Geschenk von mir bringe ich Ihnen eine Prachtausgabe des „Prinz von Homburg“ von Heinrich von Kleist entgegenzunehmen.“

v. Guérard, Reichsverkehrsminister.

Um das humorvolle dieses Telegramms zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß das Reichsverkehrsministerium, als man dort zu vermuten begann, Herr von Gronau würde einen Ozeanschlug unternehmen, längst bemüht gewesen ist, von vornherein jede Mitverantwortung abzulehnen, und daß auch ausdrücklich erklärt wurde, daß Herr v. Gronau keine Genehmigung für den von ihm geplanten Ozeanschlug weder nachgefragt noch erhalten habe. Für diese Haltung dürfte der Fachreferent der Luftfahrtwesen im Reichsverkehrsministerium, der Generaldirektor v. Brandenburg, verantwortlich geschildert haben. Beinahe schließt nun aber Heinrich von Kleist „Prinz von Homburg“ mit den Worten: „In den Staub mit allen Feinden des Brandenburgs!“ Man versteht, warum die Auguren in der Wilhelmsstraße einander zulächeln.

Der Reichsverkehrsminister hat ferner Glückwunschkarte an Dr. Dornier, den Konstrukteur des Flugbootes, und an die Bayerischen Motorenwerke, die die Motoren für die Maschine geliefert haben, gerichtet.

Rein Rückflug Gronaus

New York, 27. August. Kapitän v. Gronau hat erklärt, er beabsichtige nicht, mit dem Dornier-Boat nach Europa zurückzufahren. Die Atlantikflieger werden zunächst Chicago besuchen, wo augenblicklich große Wettläufe stattfinden.

Die deutschen Ozeansieger im amerikanischen Rundfunk

Washington, 27. August. Die im Austauschverkehr mit der Deutschen Reichsrundfunkgesellschaft stehende National Broadcasting Company stieß gestern abend zu Ehren der deutschen Ozeansieger ihr kommerzielles Programm um, und schilderte in einem im ganzen Lande verbreiteten Rundfunk die große Leistung v. Gronaus und seiner Kameraden. Im Aufschluß darüber sprachen, durch den deutschen Konsul in New York, Dr. Heuser, vorgestellt, alle vier deutschen Flieger im Rundfunk. Diese Reden wurden von der National Broadcasting Company auf dem Kurzwellessender nach Deutschland übertragen. Dr. Heuser und v. Gronau sprachen englisch, die übrigen drei deutsch; ihre Ansprachen wurden durch Konsul Dr. Heuser übersetzt.

Das Urteil wegen der Versetzungsversuche auf Kreuzer „Emden“

Leipzig, 27. August. In dem Hochverratsprozeß wegen der Versetzungsversuche in der Besetzung des Kreuzers „Emden“ verklagte der Verteidiger der Verteidigung des 4. Staffelrates des Reichsgerichts am Mittwoch nachmittag das Urteil. Vor der Verkündung wurde ein junger Mann aus dem Saale gewiesen, weil er eine rote Armbinde mit der Aufschrift: „Wählt Liste 4“ trug. Verurteilt wurden die Arbeiter Hermann Walter und Antje aus Wilhelmshaven wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu je einem Jahr Festungshaft. Bei Walter wurden vier Monate, bei Antje sieben Monate eine Woche für erlittene Untersuchungshaft angezählt. Der Seeheizer Erich Wende aus Wilhelmshaven wurde ebenfalls wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Auch bei ihm wurden sieben Monate eine Woche als durch die Untersuchungshaft verbüßt betrachtet. Die beschuldigten Flugblätter sowie die zu ihrer Herstellung gebrauchten Platten und Formen sollen eingezogen und unbrauchbar gemacht werden. In der Begründung wurde unter anderem ausgeführt, daß die verteilten Flugblätter Verschwörungsschriften ersten Ranges seien.

Der Wehlauer Oberbürgermeister vom Amt suspendiert

Wehlau, 27. August. Gegen den Wehlauer Oberbürgermeister Kühn und den Leiter des Bauamtes, Stadtbauinspektor Hey, ist vom Regierungspräsidenten in Koblenz das formelle Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Beide Herren sind vom Amt suspendiert und dürfen die Verwaltungsräume nicht mehr betreten. Ihre Bezüge werden ihnen nur zur Hälfte ausgeschüttet. Die Verwaltung ist einstweilen dem ersten Beigeordneten Georg übertragen worden. Es soll sich um Unregelmäßigkeiten in der Verwendung städtischer Gelder handeln. Einzelheiten fehlen noch.